

quiem in pace singt, sondern auch Herrn Kerenski die Faust zeigen.

Ohne Steuer, nur mit der Peitsche in der Hand steht der Diktator Rußlands vor der Welt. Er hat den Zaren Nikolaus nach Tobolsk transportieren lassen, aber er behütet treu und ehrlieh seine Regierungsmagimen. Aber die Zeit des Zarismus ist vorüber und die Zeit der bürgerlichen, siegreichen Konterrevolution ist noch nicht angebrochen. Die Massen sind in Fluß und solange der Krieg mit seinen Folgen nicht vorüber ist, lassen sie sich nicht zur Ruhe bringen. Die Revolution steht noch bevor und Herr Kerenski, der den Massen kein Brot, keine Freiheit, keinen Frieden, nur Blei entgegenhält, er wird verschwinden, schneller, als er gekommen ist. In der Geschichte wird seiner und seines Regimes als einer Episode gedacht werden, wo das Kleinbürgertum mit der Bourgeoisie noch nicht gebrochen hat, und darum an seiner Spitze Intellektuelle duldet, die steril, wie jede von den Volksmassen getrennte intellektuelle Schicht ohne irgend ein Programm, ohne irgend ein konkretes Ziel um sich herumzuschlagen und den Aft abjäten, auf dem sie saßen.

Die Drohungen der Regierung Kerenskis sind nicht schrecklich und sie schrecken auch niemanden. Hat doch Gutschkow, der kein Phrasen, sondern ein Organisateur der Konterrevolution ist, Herrn Kerenski beiseineigt, daß seine Regierung die Personifizierung der Ohnmacht ist. Und der Nationalkongress, der den Volksmassen die Appetite der Konterrevolution, ihre ganze Speisekarte vor-demonstrieren wird, ist ganz gewiß nicht geeignet, diese Ohnmacht in eine Macht zu verwandeln.

Die Stimme der Putilowarbeiter.

Die Vertreter der 40 000 Arbeiter der Putilowwerke, veröffentlichen folgenden Aufruf:

Bürger! Wie eine tausendjährige Eiche in der Mitte des Waldes, so stehen in der Reihe der russischen Staats-Unternehmungen die dröhnenden, hämmernenden, erderschütternden Putilowwerke. Von allen Enden der russischen Erde fließen hier Arbeiter zusammen, arbeiten und denken sich dabei ihre Gedanken. Unter dem Pfeifen der Säge, unter dem Heulen der Maschinen, beim drückenden Anblick der Lafetten und Kanonen drängen sich ihnen düstere Gedanken in den Kopf. In der Arbeit, die wie Zucht hausarbeit ist, starben Mütter und Väter, die uns geboren haben, sterben wir. Lichtlos und fern von der beneideten Freude, der Zufriedenheit, der Kultur, die nur der kleinen, reichen, gebildeten Minderheit frommt, die in einigen Schritten von uns, nur durch das Ueberbleibsel des Mittelalters, durch das Naroskitor getrennt ist, leben wir.

Was ist Gerechtigkeit? Wo die Resultate der Blut- und Lebensopfer unserer in der Revolution gefallenen Brüder?

Bürger! Die Putilowarbeiter haben nicht zum ersten mal ihr Blut für die Interessen der Arbeiterklasse verspritzt. Erinnert euch des 22. Januar und haltet die Beschuldigungen zurück, die jetzt auf den Straßen gegen uns geschleudert werden. In den Tagen des 16. und 17. Juli sind wir, treue Söhne der Revolution, reinen Herzens auf die Straßen gegangen, nicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern um sie stützen. Des-

wegen stand auf unseren Fahnen: die ganze Macht den Sowjets! Wenn wir auf die Straße gehen, so schießt man uns nieder. Deswegen haben einige unter uns zum Schutz Waffen mitgenommen. Am 22. Januar schossen die treuen Anhänger des Hauses Romanoff. Jetzt ist es festgestellt, daß die ersten Schüsse von Provokateuren ab-gesauert wurden, den Feinden der russischen Revolution, den Feinden der Arbeiter.

Bürger! Das neue Leben kann nicht warten. Aber zu unserem Unglück sind wir allein. Wir haben nicht genug organisierte Kräfte. Die aufgeklärten Arbeiter sind zu sehr zerstreut, oft widmen sie ihr Leben nicht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse, sondern den einzelnen Sekten und Fraktionen, die uns schädlich sind. Wir sind uns selbst überlassen. Der Delegiertenrat entfernt sich immer mehr von uns. Er fängt an, anscheinend ohne Hilfe der Arbeiter zu funktionieren, durch seine Zusammensetzung isoliert er sich immer mehr von uns und vertieft sich lediglich in administrative, kleine Arbeit. Und die provisorische Regierung versteinert vollkommen in bürokratisch toten Formen.

So sahen wir die ökonomische und politische Lage am Vorabend des 16. und 17. Juli. Bürger! Seht euch mit Zutrauen die schwarzen, von der Erde sich erhebenden, rauchenden Fabrikschornsteine an. Zu ihren Füßen quälen sich Menschen ab und roboten, um für euch neue Güter zu schaffen, Menschen, wir ihr, eingezogen in dem un-entrinnbaren Fangnetz der vollkommendsten, und entsetzlichen Ausbeutung. Nur langsam reißt dort das Klassenbewußtsein, sammelt sich in den Herzen der Haß und mit Liebe werden auf dem blutigen Banner die Losungen eines neuen Lebens für die ganze Menschheit geschrieben. Nieder mit dem brudermörderlichen Kampfe, alle Bürger unter die Banner des Komitees der Rettung der Revolution, dieser letzten Anspannung der Revolutionskräfte!

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen am 24. Juli auf der großen, allgemeinen Versammlung der Putilowwerke.

Der Vorsitzende: I. Mudroff.
Der Sekretär: I. Smyrnoff.

An unsere werten Abonnenten!

Mit dem 1. Oktober 1917 sehen wir uns leider genötigt den Abonnementsbetrag auf die „Arbeiterpolitik“ zu erhöhen. Der Einkaufspreis des Papierses ist im letzten halben Jahre derart in die Höhe gegangen, daß wir, um überhaupt existenzfähig zu sein, ohne eine Erhöhung des Bezugsbetrages nicht auskommen können, zumal auch die Preise für alle anderen Sachen bedeutend gestiegen sind. Der Bezugspreis beträgt ab 1. Oktober bei der Post bestellt für 1 Monat 84 Pfg., für 2 Monate 1.68 Mk., für 3 Monate 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, die Einzelnummer 20 Pfg.

Wir dürfen wohl mit Recht die Hoffnung aussprechen, daß unsere Abonnenten, trotz der Erhöhung des Abonnementsbetrages, auch weiterhin ihrem Organ treu bleiben werden. Wir werden wie bisher auch in Zukunft bemüht sein, soweit es in unseren Kräften liegt, die Forderungen gerecht zu werden, die von einem Organ der linksradikalen Richtung verlangt werden kann.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 39

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
: Numunderstraße Nr. 23. :

Bremen, den 29. September 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Nach sechs Monaten. Von K. Radek (Schluß folgt)	Seite 295
Parlamentarisierungs- und andere Satyr- spiele	297
Stockholm	298
Zur Steuerfrage (Schluß folgt)	299
Aus unserm politischen Tagebuch	300

Nach sechs Monaten.

Von Karl Radek.

Ein halbes Jahr der russischen Revolution ist vorüber. Ihre Bilanz wurde von allen Schichten und Klassen Rußlands aus Anlaß des Moskauer „Nationalkongresses“ aufgestellt. Die Berichte der Vertreter der provisorischen Regierung sprachen eine Sprache, deren Offenheit alles übertrifft, was jemals seitens einer Regierung gesagt worden ist.

Wenn wir als Resultat der ersten sechs Monate der Revolution feststellen, daß sie auf keinem Gebiete eine Besserung auch nur angebahnt hat, so sind wir sicher, auf keinen Widerspruch zu stoßen. Weder von rechts noch von links. Im Dorfe Kampf aller gegen alle. Der arme Bauer gegen den Junker und den reichen Dorfwohner. Alle zusammen gegen die Stadt, die ihnen die Produkte ihrer Arbeit wegnehmen will, aber als Entgelt Papierscheine gibt, für die man nichts kaufen kann. Gegen die Anarchie im Dorfe kämpft die Regierung an, ohne den Bauern irgend welchen organischen Weg der Erledigung der Agrarfrage zu weisen. In der Fabrik kämpft der Arbeiter nicht nur um Erhöhung des Lohnes, Kürzung der Arbeitszeit, sondern sogar um die Fortführung der Produktion, die durch den Mangel an Rohstoffen und durch konterrevolutionär-desorganisatorische Absichten der Kapitalisten bedroht ist.

Aber was der Arbeiter heute an Besserung der Lebenslage erlangt, das verliert er morgen, dank der wachsenden Leuerung, die durch die progressive Minderung der Produktion verursacht wird. Das Transportwesen verfällt immer mehr, dank dem immer größeren Ausfall an Lokomotiven und dem fehlenden Ersatz. Die Finanzen nähern sich Schritt für Schritt dem Bankrott und die Regierung versucht nicht einmal die Besitzenden heranzuziehen. Die Besteuerung der Bourgeoisie und der Junker in England ist verglichen mit dem Steuerwesen des revolutionären Rußland eine jakobinische. Die kon-

stituierende Versammlung, die einen Ausweg aus dieser Sackgasse suchen müßte, ist vertagt.

Die seit einem halben Jahre provisorische Regierung scheint das Provisorium als Staatsmaxime anzusehen. Ihr Bemühen bis zur konstituierenden Versammlung alles beim alten zu lassen, angeblich um das Recht des Volkes nicht anzutasten, durch demokratisch gewählte Organe sein Schicksal einzurichten, ist ein verfehltes Unternehmen. Nicht Stillstand, sondern fortschreitende Zerfegung ist das Signum der inneren Lage in Rußland. Auch nach außen hin gibt es keinen Stillstand. Die deutschen Heere gehen immer weiter ins Land, und der französisch-englisch-amerikanische Imperialismus zieht immer weiter die Schlinge am Halse Rußlands zusammen. Die russische revolutionäre Regierung war nicht nur nicht imstande den Entente-Imperialismus zu nötigen seine Kriegsziele, gemäß der von ihr proklamierten antiimperialistischen Losungen, zu ändern und so den Tag des Friedens zu beschleunigen, sondern umgekehrt wurde sie ein Spielball in seinen Händen und muß helfen, den selbstgewählten Weg, den Weg der Stockholmer Verständigung zu versammeln.

Wenn sich in Moskau die Vertreter der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten zu Ehren der Entente erhoben und ihr in stürmischen Rufsen huldigten, so war das ein: Ave Caesar morituri te salutant!

Die arbeitenden Massen, die unter dieser Zerfegung am meisten leiden, können ihr nicht ruhig zusehen. Jede Woche der Fäulnis steigert ihre Leiden, drängt sie zum Kampfe gegen die provisorische Regierung. Im März waren sie einverstanden mit der Bildung der Regierung aus den Vertretern der Bourgeoisie. Im Mai jagten sie den offensten Vertreter des Imperialismus, Milsukoff, aus der Regierung. Im Juli gingen die Proletarier und Soldaten Petrograds auf die Straßen: Nieder mit der kapitalistischen Regierung, die ganze Macht in die Hände der Sowjets, d. h. der Proletarier und Kleinbürger. Weit und breit im Lande fand ihr in Blut erstickter Ruf Zustimmung der hungernden Massen. Im Heere führte die Friedenssehnsucht zum panikartigen Rückzug. Die massenhaft durchgeführte Todesstrafe hat nach dem Eingeständnis des Generalissimus Korniloff den Prozeß des Zerfalls nicht aufgehalten. Und der General Tschermisoff erklärt: Keine Repressalien sind fähig die Kampfeskraft und den Kampfeswillen der Armee wieder herzustellen, nur das Bewußtsein des Wertes des Kriegszieles, der Notwendigkeit des weiteren Kampfes kann Abhilfe leisten, darum

weg mit den Repressalien und an die Arbeit, das Vertrauen durch die Soldatenkomitees zu wecken.

Aber die Korniloffs haben von ihrem Standpunkte aus zehnmal Recht, wenn sie den Rezepten des liberalisierenden Generals kein Vertrauen schenken. Wenn die Armee erfährt, weswegen sie wirklich kämpft, so werden die Soldatenkomitees Organisationen des Kampfes gegen den Krieg, für den Frieden. Mögen in ihnen die Sozialpatrioten jetzt überwiegen, läßt man das politische Leben in die Armee zu, so werden die kriegsfeindlichen Elemente bald die Oberhand gewinnen. Die Todesstrafe ist in der für die volksfremden Interessen kämpfenden Armee nicht zu vermeiden, für den Selbstbestimmungsprozeß der Soldatenmasse darf es in der Armee keinen Platz geben.

Die Armee der Revolution unter der Fuchtel des Offizierskorps, wie unter dem Zarismus, allmähliche Abmürkung der Soldatenorganisationen, Unterdrückung der kriegsfeindlichen Propaganda in der Armee, d. h. die Unterdrückung der Freiheit des politischen Lebens in ihr, d. h. die Verwandelung aller Beteuerungen, man wolle die Armee nicht wieder zum Kadavergehorsam zwingen, in hohle Phrasen. Im Hinterlande die Herrschaft der Spione der Konterwiedka, die Gefängnisse von neuem mit Revolutionären gefüllt, ein terroristisches System gegen die revolutionären Arbeiter und landhungrigen Bauern, eine schmähliche Kampagne gegen die Organe der proletarischen und kleinbürgerlichen Demokratie, das ist das Resultat der sechs Monate der russischen Revolution.

Aus dem bildlichen ins begriffliche übersezt: die Herrschaft der industriellen und Handelsbourgeoisie, die peinlichst Rücksicht auf die Interessen der Junker nimmt. Also Herrschaft des Kapitals, ausgeführt durch Mittel der nackten Gewalt, aber sich noch immer deckend durch die moralische und politische Unterstützung der Führer des Kleinbürgertums und sozialrevolutionären Sozialpatrioten. Die Front gegen Links gerichtet.

2.

Wie ist dieses Resultat möglich gewesen, wie ist es gekommen? Rußland ist ein überwiegend kleinbürgerliches Land. Zahlengemäß bildet die Arbeiterklasse einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung. Wenn sie trotzdem bisher eine ausschlaggebende Rolle spielte, so verdankte sie es ihrer Konzentration in den wirtschaftlichen und politischen Zentren, ihrer Beherrschung der Lebensader des Staates, Telegraphen- und Eisenbahnwesens. Die Bourgeoisie bildete ihr gegenüber eine kleine Oberschicht, die Bauernmassen waren zerstreut im ganzen Reiche und kamen nur in der Armee als eventuelles Werkzeug der zarischen Regierung zur Geltung.

Der Krieg verwandelte die Kasernenarmee in das Volk in Waffen, die Bauern betraten die Bühne der Geschichte als organisierte, zentralisierte Macht. Dank ihrer Friedenssehnsucht, dank allen Leiden des Krieges, dank dem vollkommenen Zusammenbruch der zarischen Autorität, der selbst dem Adel und dem Offizierskorps nicht erlaubte, in der Stunde der Gefahr sich für den Zarismus einzusetzen, ging die Bauernarmee auf die Seite der Revolution über. Aber arm an politischer Erfahrung und den nötigen Bildungselementen, voll traditioneller Ehrfurcht des Bauerntums vor den „gebildeten“ Klassen, die der Bauer haßt, vor denen er sich aber

gleichzeitig klein und unbedeutend fühlt, unfähig die komplizierten Zusammenhänge der Weltpolitik zu durchschauen, konnte die bäuerliche Masse keine selbständige Politik führen. Sie wankte zwischen der Bourgeoisie und der revolutionären Arbeiterklasse.

Nur eine entschiedene antikapitalistische Politik der Arbeiterklasse, das sofortige Inanspruchnehmen der Lösung der Agrarfrage, in der die Interessen des Bauerntums schroff mit den Interessen des Junkertums, des aus seinen Reihen stammenden höheren Offizierskorps und des mit ihm durch die Hypothekenbanken verflochtenen Bürgertums zusammenstoßen, konnte das Bauerntum von dem Einfluß des Bürgertums befreien, eine jakobinische Koalition des Proletariats und des Bauerntums gegen das Kapital und Junkertum, gegen den Weltkrieg zustandbringen. Aber die Mehrheit der Führer der Arbeiterklasse ist in einem so kleinbürgerlichen Lande, wie Rußland, selbst vom Hause aus mit kleinbürgerlichen Ideen und Aberglauben gefüllt, schon gar nicht von den Ideologen des Bauerntums zu sprechen, den Sozialisten-Revolutionären, die obwohl mit sozialistischen Phrasen vollgepackt, nichts anderes darstellen, als die Vorläufer einer nüchternen Partei des Bauerntums.

Die Partei der Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre stellt in ideologisch-sublimierter Form nichts anderes als die Uebersetzung des Kleinbürgers dar, daß er ohne die bisher herrschenden Klassen nicht imstande ist die komplizierte Staatsmaschine im Gange zu halten, das Staatsschiff durch alle Fährnisse des Weltsturmes durchzulotfen. Und da die Bourgeoisie Rußlands sich von der Bourgeoisie der Entente nicht trennen will, so mußte die Idee der Koalition mit der russischen Bourgeoisie erweitert werden auf die Ententebourgeoisie. Die Taktik der Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre formte den Aberglauben des Kleinbürgertums in Land und Stadt, sie erhob das Mißtrauen dieser Schichten gegen die eigenen Kräfte und die des ihnen fremden europäischen Proletariats zur Höhe einer sozialpatriotischen Ideologie, sie verwandelte die Kapitulation vor der konterrevolutionären Bourgeoisie und der zaristischen Generalität zur Ideologie der Verteidigung der Revolution. Sie fälschte den Verrat der internationalen proletarischen Solidarität zu gunsten der Solidarität mit den Haifischen des Ententefinanzkapitals in eine realistische Politik der Weckung der Internationale um. Und indem sie es taten, stärkten die russischen Sozialpatrioten den Einfluß der Bourgeoisie auf das Kleinbürgertum, verlangsamten sie den Prozeß seiner Ernüchterung unter dem Eindruck der Lehren der kapitalistischen Politik, stießen sie das Kleinbürgertum vom Proletariat weg, das jetzt den Bauernmassen als die größte Gefahr der Revolution dargestellt wurde.

Das Resultat dieser Politik ließ nicht lange auf sich warten. Wenn ein Teil einer Koalition den anderen als absolut unentbehrlich erklärt, so verwandelt sich die Koalition in die Beherrschung dieses Teils durch den anderen, in ein Verhältnis vom Reiter zum Pferd, um mit Tayllerand zu sprechen. Die erste provisorische Regierung war die Regierung des Bürgertums, das hinter sich die drängende Masse fühlt. Um den Druck zu mildern, der Miljukoff aus dem Sattel gehoben hat, nötigten die Kapitalisten die Sozialpatrioten an der Regierung

als Puffer zwischen ihr und der Masse teilzunehmen. Als dieser sich als zu schwach erwies, verblieb zwar ein Teil der Sozialpatrioten in der Regierung als Dekoration, aber sie sind ohne jede Bedeutung in ihr.

Tschernoff, der das wichtige Amt des Ackerbaues inne hat, bezeugt öffentlich, daß Reformen, die er als unaufschiebbar ansieht, systematisch verhindert werden. Das Schwergewicht der Regierung liegt nicht bei den Sozialisten-Revolutionären, sondern bei den Kadetten. In der Koalition des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie hat die Bourgeoisie immer die Oberhand.

Das Kapital, die Junker und die Generalität möchte die Früchte ihrer Herrschaft ernten. Ungeduldig schreien die Njabuschynskis, die Maslennikoffs, die Puryshkiewitsch: Nieder mit der Kanaille, nieder mit den Sowjets, zähmt die proletarische Bestie und den wild gewordenen Bauern! Die klügeren Elemente halten zurück. Die provisorische Regierung, an deren Spitze das Eisen- und Blutmännchen Kerenski steht, macht alles, was nötig ist. Er treibt die Bauern mit Maschinengewehren ins Feuer, er erlaubt der konterrevolutionären Presse die Sowjets zu diskreditieren, die Arbeit der Revolution zu zerstören, er hat seine Sache auf die Gewalt gegen die revolutionären Elemente gestellt. Aber solange er noch ein Rest der Autorität in den Augen des Kleinbürgertums hat, solange ihm die Sowjets die Unterstützung verleihen, solange ist es besser, die Arbeit der Konterrevolution unter der Flagge der Rettung der Revolution zu führen. Das legt einen Teil der Widerstände lahm, die eine offene Herrschaft des Kapitals und des Junkertums sofort wecken würde.

Mag Kerenski den Diktator spielen, solange er nicht wagt gegen das Kapital vorzugehen. Durch seinen Kampf gegen die Kräfte der Revolution bereitet er die Situation, in der das Kapital und die Junker, die offen konterrevolutionären Kräfte ihn wie eine ausgesogene Zitrone auf den Misthaufen der Geschichte wegwerfen können.

Parlamentarisierung= und andere Satyrspiele.

Eine Welt steht in Flammen. Von Petrograd bis San Franzisko ist eine Menschheit von Feinden. Nirgends rauchen die Schloten, nirgends surren die Webstühle, nirgends hämmern die Werke, um den friedlichen Menschen Bedürfnis zu befriedigen, sondern überall rinnt der Schweiß und das Blut im Kampfe, im wilden Vernichtungswerk.

Berge von Lasten werden auf den Rücken der Menschheit gewälzt, obwohl kein Mensch auch den geringsten Begriff davon hat, wie sie einmal abgetragen werden sollen. Und während Armeen dort in den Feldern verderben, werden neue Armeen der Arbeit aus dem Boden gestampft. Chinesen, Sarten, Perser arbeiten in russischen Bergwerken, Anamiten, Schwarze in den französischen Fabriken. Millionen Frauen werden durch die Not in die Fabriken getrieben, sie zeigen, daß die schwierigste industrielle Arbeit keine Geheimkunst der Männer ist. Und über allem erhebt sich die Frage: Wer wird dem Kriege ein Ende bereiten, wer wird den Blut-

strom, der sich drei Jahre lang über die Welt ergießt, halt gebieten. Die die Kräfte des Krieges entfesselt haben, wollen es nicht tun oder können es nicht. Alle peitscht die Angst vor den Furien der Verantwortung, jeder rennt vor ihr vorwärts, dem Abgrund entgegen.

In dieser eisernen und blutigen Zeit, die an die Arbeiterklasse die Frage stellt: kämpfend zu siegen, oder dulddend in den Ruinen der kapitalistischen „Zivilisation“ unterzugehen, begannen die deutschen Sozialpatrioten im Verein mit der deutschen Bourgeoisie ein liebliches Rätschenspiel mit der deutschen Bureaukratie. „Wer soll herrschen?“ — heißt es. Das parlamentarische System ist das Zeichen, in dem wir siegen, erklärten die Sozialpatrioten. Nun, das parlamentarische System war die Form, in der die Bourgeoisie ihre Herrschaft in Westeuropa konstituiert hat und die Arbeiterklasse unterstützte sie im Kampfe um die parlamentarische Regierungsform, weil es ihr einleuchtete, daß die beste Staatsform die ist, um ein Wort von Marx aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu zitieren, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwickelt, nicht gewaltam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zu freiem Kampfe, und damit zur Lösung kommen. Das Banner der parlamentarischen Regierung war nirgends das der Arbeiterklasse, es deckte immer bürgerliche Ware.

Kämpft die Bourgeoisie jetzt um den Parlamentarismus in Deutschland? Keine Spur davon! Die führende Partei der Bourgeoisie, die Nationalliberalen, sind Gegner des Zustandes, in dem die Regierung aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgeht, weil sie weiß, daß sie viel besser mit der Bureaukratie fahren kann. Die führende Partei des Kleinbürgertums, das Zentrum, ist gegen das parlamentarische System, weil sie als Partei der katholischen Minderheit, die Partei des Partikularismus ist, den Einfluß der unter ihrer Fuchtel stehenden Kleinstaaten, wie z. B. Bayern, nicht mindern will. Die Junker sind natürlich Gegner des parlamentarischen Systems. Aber selbst die Freisinnigen, die Partei des Handelskapitals und der Festbesoldeten, spüren in ihren lahmen Lenden keine Kraft zur Regierung Deutschlands. Wenn diese Parteien mehr oder weniger mit dem Gedanken des parlamentarischen Systems spielen, so weil sie dadurch der Entente eine Waffe aus der Hand schlagen wollen, das Argument, als sei in Deutschland das Volk ohne jeden Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Sie alle wollen irgend eine Kulisse aufrichten, hinter der sie die Bureaukratie, in erster Linie die Diplomatie, kontrollieren können. Der einzige konsequente Vertreter des parlamentarischen Systems in Deutschland ist Herr Theodor Wolf vom Berliner Tageblatt, der es einmal in Paris sah, von ihm entzückt ward, und von der Liebe nicht lassen kann.

Diese Haltung der Bourgeoisie ist nur ein Ausdruck der Tatsache, daß es in Deutschland keinen von der Bourgeoisie unabhängigen Absolutismus gibt, daß das, was die Entente deutschen Absolutismus nennt, eine Herrschaft der Bourgeoisie ist, verbrämt mit allerhand absolutistischen Spuck. Und es zeigt noch etwas anderes. In Deutschland ist die Zeit vorüber, wo die Bourgeoisie parlamentarisch ohne die Vertreter der Arbeiterklasse herrschen könnte.

Und wie ausnehmend schön und staatsmännisch sie die Herren Ebert und Legien findet, sie will sie nicht zur Regierung zulassen. Irgend ein Bößchen, na, daß kann man sich gefallen lassen, aber Teilnahme an der Herrschaft? Da könnte noch irgend einem Demagogen, vom Schlage Scheidemanns, eines schönen Tages unter dem Drucke der Arbeitermassen einfallen sich „unanständig“ in die Staatsgeschäfte einzumischen, was Gott behüte! Und weil die Regierung weiß, daß es den Bourgeois nicht einfällt wirklich die direkte Gewalt zu beanspruchen, kann sie mit ihr so verfahren, wie es not tut. Ohne die Parteien zu befragen wird ihnen ein Bureaukrat mit irgendwo versteckten Eigenschaften, als Kanzler präsentiert. Sie schlucken es. Dieser Reichskanzler erklärt sich einverstanden mit ihrer Friedensresolution, sie sind entzückt. Er schränkt sein Einverständnis durch die Erklärung ein, daß es sich natürlich um die Resolution handelt, wie er sie versteht.

Niemand muckt dagegen in der Reichstagsitzung auf, ja, Vertreter großer Parteien lassen sich für sein Kabinett werben. Schließlich bildet die Regierung aus sieben Parlamentsvertretern und sieben Bundesratsvertretern eine „freie Kommission“, die mit diesem glorreichen Kanzler zusammen über die Papstnote beraten soll, wobei vollkommen unberührt bleibt, was der Reichskanzler mit dem Resultat dieser Beratung tun wird. Herr Theodor Wolf erklärt melancholisch: nein, so ist es nicht in Frankreich, aber alle die „Parlamentarier“ erklären ihr Einverständnis, gehen in die Kommission. Ja, sie wird als Uebergang zum parlamentarischen System erklärt.

Die Sozialpatrioten irren, wenn sie behaupten, die deutsche Regierung sei auf dem Wege zur Verwandlung in eine Demokratie. Aber das ist nicht die größte Sünde. Diese besteht in der Verhüllung der Tatsache, daß die parlamentarische Regierung als Mittel zur Lösung der Fragen, die wirklich zu lösen sind, soviel taugt, wie der Weihrauch dem Toten. In England und Frankreich steht eine parlamentarische Regierung. Ist sie jedoch imstande die Hunderte der Milliarden Staatsschulden aus der Welt zu schaffen, die verwüsteten wirtschaftlichen Kräfte des Landes wieder herzustellen, die ungeheure Verschiebung zu Ungunsten der Volksmassen, die im sozialen Gefolge des Krieges sich eingestellt haben, rückgängig zu machen?

Die parlamentarische Regierung, d. h. die Herrschaft der Bourgeoisie, ist allen diesen Erscheinungen gegenüber ohnmächtig und sie wird nicht mächtiger werden, wenn sie eine Koalitionsregierung der Sozialpatrioten und der Bourgeoisie wäre, weil sie auch dann in erster Linie auf die Interessen der Bourgeoisie Rücksicht nehmen mußte. Nicht die oder jene Form der Herrschaft der Bourgeoisie ist der Weg zur Ueberwindung der gewaltigen Folgen des Krieges, sondern nur der Gegensatz zu ihr, die Arbeiterregierung, die keine Rücksichten auf die Interessen des Kapitals nimmt, sondern jedes Mittel anwendet, das nur irgendwie imstande ist die Wunden des Krieges zu heilen. Die Bedeutungslosigkeit der Lösung der parlamentarischen Regierung als einer Lösung gegen den Imperialismus und seine Folgen ist nur die andere Seite der Bedeutungslosigkeit der Lösung: Nationale Selbstständigkeit, Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als

eines Mittels des Kampfes gegen den Imperialismus. Wie alle Formen des kapitalistischen Staates, so sind auch alle Formen seiner Regierung unfähig die Fragen zu lösen, die die Geschichte auf die Tagesordnung gestellt hat. Und die Gleichgültigkeit mit der die Volksmassen das Spiel im Reichstage betrachten, alle die Stürme im Glase Wasser, sind nur ein Ausdruck der vollen Bedeutungslosigkeit dieser großen Staatsaktionen, über die die Zeitungen trotz Papiermangel soviel schreiben.

Nicht im Reichstage, nicht in der Budgetkommission, nicht in der „freien Kommission“ werden die Fragen der Zeit gelöst, und wenn sich Gott der Scheidemänner erbarme und Deutschland ein parlamentarisches System beschere würde, es würde dadurch nichts geändert sein.

Stockholm.

Die Stockholmer internationale Konferenz wird in absehbarer Zeit nicht stattfinden. Die Regierungen der Ententeländer, die den Delegierten die Pässe verweigerten, werden ihren Beschluß nur im Falle einer grundlegenden Aenderung der inner- und weltpolitischen Situation revidieren.

Außerlich scheitert die Stockholmer Konferenz an der physischen Gewalt der Entente-Regierungen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer, Polen, Armenier kämpfen, nur das Recht der Selbstbestimmung der Franzosen, Engländer, Italiener und Amerikaner über die Weiterführung des Krieges nicht anerkennen wollen. Daß die Entente-Regierungen es wagen konten, ihren Sozialisten die Pässe zu verweigern, ist nicht nur als Symptom der internationalen Lage charakteristisch, sondern wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der Entente-Regierungen zu der russischen Revolution. Wie die 254 Rubel, die man für ein englisches Pfund zu bezahlen hat, die Ansicht des anglo-sächsischen Kapitals über die wirtschaftliche Lage Rußlands prägnant ausdrückt, so tut es in bezug auf die auswärtige Politik der russischen Revolution die Sabotierung der Stockholmer Konferenz.

Die Stockholmer Konferenz war das Symbol der auswärtigen Politik der Mehrheit der Führer der Sowjets. Und obwohl wir Gegner einer gemeinsamen Konferenz mit den sozialpatriotischen Genossen sind, so haben wir keine Ursache zu verhüllen, daß große Massen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Kleinbürgertums nach Stockholm mit direkt religiöser Innbrunst hinstrebten, von der Verständigung der Sozialisten in Stockholm die Rettung aus den Klauen des Krieges erwartend. Das wissen die Entente-Regierungen sehr gut. Herr Lloyd George gab als Grund der Verweigerung der Pässe offen die Furcht an, daß die Hoffnungen auf Stockholm die erst wieder vom neuen hergestellte Kriegsbereitschaft der russischen Armee untergraben würden. Wenn also die Entente-Regierungen in voller Kenntnis dieses Verhältnisses der russischen Arbeiter- und Soldatenmassen zu der Stockholmer Konferenz es wagen konnten, brüsk diese Konferenz zu sabotieren, so zeigt das besser als alle langen Erörterungen, daß die Regierungen des Ententekapitals glauben, daß es nicht mehr nötig ist, Zeremonien mit den Organisationen der russischen Demokratie zu machen, oder irgend welche Rechnung auf die Stimmung der Volksmassen in Rußland zu nehmen.

Darin äußert sich in klarer Weise die Tatsache, daß die russische Revolution, daß die russische Demokratie in den Augen des Ententeimperialismus die Bedeutung eines Machtfaktors verloren hat. Die Tatsachen sind harte Dinge. Die Mehrheit der Vertreter des revolutionären Rußland haben sich zu Gefangenen des russischen Kapitals gemacht. Sie haben zusammen mit den Vertretern des Kapitals Rußlands die Volksmassen dem Ententekapitalismus ausgeliefert, sie auf Geheiß der Londoner, Pariser und New-Yorker imperialistischer Kabinette zur Offensive getrieben. Und als die Massen der Soldaten sich gegen ihre Auslieferung wehrten, den Gehorsam verweigerten, wurden sie niederkartätscht, dem Wüten der Kriegsgerichte ausgeliefert.

Als sich die Proletarier und Soldaten Petrograds gegen die Politik der Koalitionsregierung in Massendemonstrationen wandten, wurde auf Aufforderung der Führer der kleinbürgerlichen Demokratie gegen sie die Artillerie aufgeföhren, sie wurden entwaffnet und dem weißen Terror ausgeliefert, wonach die russischen Sozialpatrioten der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zustimmten unter dem Namen der Rettung der Revolution. Alle diese Vorgänge gaben den Entente-Regierungen die Möglichkeit, die russische Revolution als Faktor zu behandeln, der sich selbst ausgeschaltet hat. Wenn in Rußland nicht die Arbeiter und Bauern, sondern die Kapitalisten den Ausschlag geben, und die Kapitalisten gegen die Stockholmer Konferenz, für den Sieg der Entente sind, so haben die Entente-Regierungen keine Ursache, mit dem Wüten der Sowjets irgendwie zu rechnen.

Daß dieser Beschluß den geheimen Wünschen der Entente-Sozialpatrioten entsprach, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die englischen und französischen Sozialpatrioten kämpften aus allen Kräften gegen die Konferenz. Sie entschieden sich für die Teilnahme, als sie sahen, daß sie durch ihre Weigerung das revolutionäre Rußland vor den Kopf stoßen würden. Aber gleichzeitig erklärten sie mit zynischer Offenheit, daß sie keineswegs zur Konferenz gehen würden, um den sogenannten Verständigungsfrieden zu fördern. Sie wollten auf der Konferenz die sogenannte Schuldfrage aufrollen, von der Konferenz die Bestätigung der Unschuld der Entente am Weltkrieg erlangen.

Henderson erklärte offen, daß er auch weiterhin an dem Siege der Entente festhalte, als dem einzigen Weg zum dauernden Frieden. Daß bei einem solchen Standpunkt die Sozialpatrioten der Entente ihren Regierungen nur dankbar sein konnten, daß sie der Mühe der Reise nach Stockholm enthoben sind, kann man ohne weiteres einsehen. Würde es anders sein, sie müßten in heller Entrüstung aufstehen gegen die nichtswürdige Behandlung, die ihnen seitens der Entente zu teil würde. Aber Herr Henderson weigert sich aus „patriotischen“ Gründen die Interna seines Hinauswurfs aus der Regierung der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Labour Party zieht ihre Vertreter aus dem englischen Kriegskabinet nicht zurück und die französischen Sozialpatrioten werden ihre Politik auch nach dem Austritt aus der Regierung nicht ändern.

Nicht durch äußere Hindernisse ist die Stockholmer Konferenz zu Fall gekommen. Von Anfang an faul, bis in das Mark hinein, wurde sie noch vor ihrem Zustandekommen durch die inneren Gegensätze des Sozialpatrio-

tismus zerlegt, der nicht einmal als Verständigungsbrücke zwischen den Regierungen dienen kann, solange diese selbst keine Verständigung wollen, geschweige denn, daß er imstande wäre die Kräfte zum Leben zu rufen, die fähig wären, den Kampf um den Frieden der Völker zu führen.

Diese durch Tatsachen erhärtete Wahrheiten über das Scheitern des Verständigungs-Werkes von Stockholm den Arbeitermassen aller Länder beizubringen, ist die wichtigste Aufgabe, die den Internationalisten obliegt. Enthält doch schon die Beantwortung der Frage, warum die Stockholmer Konferenz der Sozialpatrioten nicht stattgefunden hat, nicht nur den vollkommenen Beweis unseres negativen Verhältnisses zu ihr, sondern auch die positive Antwort auf die Frage nach dem Weg zum Frieden.

Zur Steuerfrage.

Kapitalsakkumulation und Steuerpolitik.

Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsform, die sich nur durch eine beständige Revolutionierung der Produktionsmethoden, durch ununterbrochenen technischen Aufstieg, durch fortwährende Ausdehnung ihres Wirkungsbereichs erhalten kann. Der Drang nach Extraprofit ist der scharfe Sporn. Er bewirkt die immer straffere Konzentration des Kapitals und treibt immer wieder über den einmal erreichten Stand der Technik hinaus. Das brachte den Siegeszug der Maschine, die immer massiger und gewaltiger in Ausmaß und Wirkung, immer feiner in ihrer inneren Konstruktion wird. Je stärker die Anwendung maschineller Kräfte, umso riesiger die darin festgelegten Kapitalien, umso ungünstiger das Verhältnis zwischen Mehrwert und Gesamtkapital, die Rate des Profits. Der Mehrwert entspringt ja der menschlichen Arbeit, für den Kapitalisten dem Teil des Kapitals, den er für den Lohn verwendet. Aber seinen Profit muß er auf das gesamte Kapital beziehen, durch dessen gesamten Bewegungsprozeß er den Mehrwert nur verwirklichen kann.

In dem Maße, wie nun die menschliche Arbeit immer mehr zu einem Anhängsel der riesenhaft wachsenden Maschinerie wird, sinkt die Profitrate. Der Kapitalist kann dieses Sinken der Profitrate nicht aufhalten. Er kann seine Wirkungen nur von sich ablenken, wenn es ihm gelingt, sich durch seine wirtschaftliche Machtstellung (Kartelle, Trusts, Monopole, Zölle) einen größeren Anteil am allgemeinen Profit zu erzwingen, oder er kann durch Extraprofit einen Ausgleich schaffen. Extraprofit aber erzielt er in erster Linie durch die Verbesserung der Technik, wodurch die Profitrate weiter gesenkt wird. Sinken der Profitrate und Extraprofit sind wie zwei Ringer, die ihren Gegner immer wieder neu erstehen lassen, indem sie ihn vorübergehend überwinden. Das Ergebnis ihres Kampfes ist die Förderung der Produktionsmethode, die Festlegung immer gewaltigerer Kapitalien in Produktionsmitteln. Darin liegt der Hunger unserer Wirtschaftsweise nach neuem Kapital begründet. Es muß aus dem Mehrwert immer wieder Geld herausgezogen und als jungfräuliches Kapital aufgehäuft, akkumuliert werden, damit es sich in Maschinen, Fabriken, Kohlengruben usw. verwandeln kann.

Bei der Wiederaufrichtung der Wirtschaft nach dem

Kriege wird die Frage der Kapitalsakkumulation eine ganz ungewöhnliche Rolle spielen. Die Kapitalisten-Gruppen, die Kapital in hohem Maße heranziehen können, werden den anderen gegenüber einen gewaltigen Vorteil haben. Das gilt sowohl von den Konkurrenz- und Machtkämpfen im Inlande, als denen auf dem Weltmarkt. Nun scheint es so, als sei während des Krieges ungeheuer viel Kapital in den Kriegsanleihen aufgehäuft worden. Das ist aber nur die alte Verwechslung, die daher rührt, alles was Zins trägt, Kapital zu nennen.

Die Kriegsanleihen sind, wir betonen das immer wieder, nur Anweisungen auf einen Teil des künftig zu erzeugenden Mehrwerts. Wohl haben auch während des Krieges große Unternehmungen ihre Betriebe riesig vergrößert. Aber diese Kapitalakkumulation steht in keinem Verhältnis zu dem durch den Krieg vernichteten Kapital.

Man denke an die zerstörten Anlagen in den Kriegsgeländen, die versenkten Schiffe, den übermäßigen Verschleiß des gesamten Eisenbahnmateriells, wie der in der Kriegsindustrie verwandten Maschinen. Einen Begriff vom Verbrauch des fixen Kapitals in der Kriegszeit kann man sich nach folgender Mitteilung des Gewerkschaftsredakteurs Schneider machen: „Der Leiter einer größeren Maschinenfabrik versicherte mir, daß er einen großen Teil seiner Maschinen sofort nach Kriegsende außer Gebrauch setzen müsse, weil sie infolge der gesteigerten und vielfach unsachgemäßen Benutzung für Präzisionsarbeiten unbrauchbar geworden seien.“ (S. Schneider, Rezereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit. „Neue Zeit“ 1917, Nr. 20.) Das alles muß ersetzt werden, die Betriebe der Kriegsindustrie müssen wieder der Friedenswirtschaft angepaßt werden. Rohprodukte sind in riesigen Massen aufzukaufen. Der staatliche Kapitalbedarf ist ungeheuer groß.

Unsere Wirtschaft wird nach dem Kriege nach Kapital hungern und dürsten. Dazu kommt eine neue Gefahr. Was wir in unserem ersten Aufsatz als Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden aufwiesen, das betrifft alles unproduktive Ausgaben. Sie müssen aus dem Mehrwert gezogen werden, der früher zum guten Teil der Akkumulation neuen Kapitals diente. Was davon für die Kriegsrenten dienen soll, ist dieser Kapitalansammlung von vornherein verloren. Aber die Verzinsung der Kriegsanleihen dürfte ein Staatsrentenrum züchten, das wiederum große Summen dem arbeitenden Kapital entzieht und einen Geist großziehen dürfte, der die kapitalistische Unternehmungslust dämpft. So wird sich der Krieg für den Kapitalismus noch als Vater aller Hindernisse erweisen.

Aus alledem erhellt, welche hohe Bedeutung das Problem der Kapitalbildung für den Kapitalismus überhaupt und besonders nach dem Kriege hat. Die Frage beschäftigt denn auch die Volkswirtschaftler in hohem Maße, und es liegt auf der Hand, daß die Art der neuen Steuern die Neubildung von Kapital außerordentlich beeinflussen kann. Nombert untersucht in seiner schon erwähnten Schrift das Steuerproblem gerade von diesem Gesichtspunkte aus. Er macht dabei eine Reihe von Vorschlägen, die sich namentlich gegen den besonderen steuerpolitischen Schutz rückständiger Wirtschaftsmethoden wenden. Aber auch er scheint zu empfinden, daß damit

nur Unwesentliches im Verhältnis zu der großen Aufgabe erreicht wird, und so ist sein ewiger Rehrreim: Wir müssen sparen, sparen, sparen! So hallt es wieder in Zeitungsartikeln und Schriften, und wenn sie von besonders patriotischen und entsagungsfreudigen Herren geschrieben sind, wie etwa Herrn von Zedlig, dann heißt es: Wir müssen uns groß hungern! In der Tat hat die Kapitalsakkumulation ihre Ursache darin, daß nicht alles Einkommen der Besitzenden in Genußmittel umgesetzt wird, sondern ein Teil für die neue Produktionsperiode aufgespart und in Kapital verwandelt wird. Es ist das jenes Sparen, für welches die Kapitalisten den bekannten „Entbehrungslohn“ einheimen. Die Grundlage dieses kapitalistischen „Entsagens“ und „Sparens“ bildet die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Wie anders soll denn die Steuerpolitik auf den Sparbetrieb einwirken? Will sie auf den Luxus einwirken, so zeigt die Erfahrung, daß dabei der Steuerfiskus nicht genügend gewinnt. Nur aus den breiten Massen läßt sich viel herauswirtschaften. Förderung der Kapitalakkumulation läuft wiederum auf indirekte Steuern in diesem oder jenem Gewande hinaus.

Aus unserm politischen Tagebuch.

15. September.
Von amtlicher deutscher Seite werden folgende Zitate aus englischen Blättern vermittelt:

Nach der „Times“ vom 27. August erklärte der Arbeiterführer Anderson in einer Versammlung von Arbeitern des Arsenals Woolwich: Die Freiheiten der Arbeiter sind allmählich fortgenommen worden und den Streikenden drohte man mit der Einstellung ins Heer. Lloyd George versteht die Arbeiterbewegung nicht: er dachte, wenn er nur die Führer auf seiner Seite hätte, würde die Sache schon gehen. Aber die Regierung lernt allmählich, daß die Führer nicht alles sind und daß die Massen ihre eigene Meinung haben können. Die Unzufriedenheit der Arbeiter läßt sich durch Unterdrückung nicht beseitigen. Die Behauptung, daß deutsches Geld an der Unzufriedenheit schuld ist, hat sich als ganz falsch erwiesen: die besten Freunde der Deutschen in England sind vielmehr die Lebensmittelmacher.

Nach derselben Nummer der „Times“ wandte sich der Arbeiterführer Thomas in einer Rede in Plymouth gegen das System der Kriegszulagen: Immer, wenn wir eine kleine Zulage bekommen haben, steigen auch die Preise, und dann leiden wir wieder entsprechend. Die richtige Lösung wäre, daß die Regierung das Lebensmittelproblem in gebührender Weise ansieht. Besonders schlecht daran sind die Kriegswitwen und ihre Kinder; denn hinter ihnen stehen keine Gewerkschaften, die für sie Zulagen verschaffen. Die Arbeiter sind niemals durch die Stärke ihrer Gegner, sondern nur durch ihre eigene Uneinigkeit besiegt worden.

16. September.
Im Verfassungsausschuß des sächsischen Landtages erklärte der Regierungsvorsteher auf die Frage, ob die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt gegen die Wahlreform nach dem zweiten kaiserlichen Erlass über das preußische Wahlrecht noch aufrechterhalte, daß die Regierung nach wie vor eine Wahlrechtsänderung ablehne. Auf wiederholte Fragen erklärte der Regierungsvorsteher weiter, daß diese Erklärung der Regierung klar und endgültig sei. In Sachsen besteht das Pluralwahlrecht.

Es kommt die geistliche Deputation, Rabbiner und Pastöre — Doch ach! Da kommt der Hoffmann auch Mit seiner Zentorscheere!
Die Scheere klirrt in seiner Hand, Es rückt der wilde Geselle Dir auf den Leib — er schneidet in's Fleisch — Es war die beste Stelle.

Aus Heines „Deutschland“.
Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 40

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Nummerrstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 6. Oktober 1917

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung . . .	Seite 301
Zur Steuerfrage (Schluß) . . .	303
Nach sechs Monaten. Von R. Kadek (Schluß) . . .	303
Die russische Republik. Von R. Kadek . . .	304
Korniloffs Staatsstreich . . .	306
Feuilleton:	
Gedichte in Prosa. Von Iwan Turgenjef . . .	308

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Zu Beginn ihrer gegen uns gerichteten Ausführungen in Nr. 37 vom 15. September betont die „Arbeiterpolitik“, daß ihr jeder Anlaß willkommen sei, eine wichtige Frage gründlich zu erörtern. Wir nehmen deshalb an, daß sie die folgende kurze Erwiderung veröffentlichten wird.

Der Kernpunkt der zwischen uns obwaltenden Meinungs-differenz ist dieser: die „Arbeiterpolitik“ sagt, ohne Führer geht es nun einmal nicht; auch braucht keineswegs jedes Führertum mit Bevormundung verbunden zu sein und den Geführten die Verantwortung abzunehmen; wer aber jegliches Führertum verwirft, der kommt zur Aktionslosigkeit und macht aus der Arbeiterbewegung einen bloßen Diskutterklub.

Dagegen sagen wir: ob jedes Führertum eine Bevormundung bedeutet, mag dahingestellt bleiben; denn hier handelt es sich um eine ganz bestimmte Art Führertum. Was nämlich will die „Arbeiterpolitik“?

Indem sie feststellt, daß sie gegen die Spartakusbewegung nichts Grundfälliges einzuwenden hatte, sondern ihr nur einige Auswüchse, „gewisse absolutistische Allüren“ bekämpfte, bestätigt sie unsere Auffassung, daß die neu zu gründende linksradikale Partei genau die Aufgabe übernehmen soll, welche die Spartakusgruppe durch ihren Anschluß an die Unabhängigen im Stich gelassen hat, und die darin besteht, kühn voranzugehen und die Arbeitermassen auf der Bahn zum Sozialismus mit fortzureißen.

Wer sich einer solchen Aufgabe widmet, welche die größten Anforderungen an seinen persönlichen Opfermut stellt, für den empfinden wir höchste Achtung. Aber was wird hier verlangt? Gerade in den Dingen, die für die Gesamtheit des Sozialismus wie für jeden Einzelnen Fragen von Leben und Tod bedeuten, sollen die Arbeiter den Führern folgen, ohne ein ausreichendes eigenes Urteil zu haben. Denn sonst müßte man ja warten, bis der letzte Arbeiter ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts! Und selbst das würde nach der „Arbeiterpolitik“ noch nicht ausreichen, weil es außerdem noch nötig sei, „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme zu beherrschen“.

Das Wesentliche an dem, was die „Arbeiterpolitik“ verlangt, ist also gerade, daß die Arbeitermassen ihre ganze Kraft einsetzen sollen in Dingen, die sie selbst nicht beurteilen können — auf den Ruf ihrer Führer hin. Das bedeutet eben, daß die ganze Verantwortlichkeit ihnen von den Führern abgenommen werden soll.

Ob auf diese Weise politische Erfolge im üblichen Sinne des Wortes erreicht werden können, das kümmert uns nicht. Uns kommt es einzig und allein auf die Herbeiführung des Sozialismus an, und die ist auf solche Weise ganz entschieden nicht möglich. Der Sozialismus kann nicht von Führern gemacht werden; die Arbeiter können nicht von einem Messias, sei dieser nun ein Dickhäuter oder ein produktiver Kopf, ins gelobte Land des Sozialismus hineingeführt werden, sondern nur durch ihre eigene Tat können sie dahin gelangen, und deshalb ist ihre eigene Einsicht dabei unentbehrlich.

Deshalb vermögen wir dem Wege, den die „Arbeiterpolitik“ gehen will, nicht zu folgen, und deshalb haben wir uns auch schon früher der Spartakusbewegung grundsätzlich nicht angeschlossen, und nicht etwa nur wegen einiger Unzulänglichkeiten.

Aber verzichten wir damit nicht auf jede Tätigkeit überhaupt? Reduzieren wir damit nicht die Arbeiterbewegung zu einem bloßen Diskutterklub? Und versteckt sich nicht am Ende dahinter bloße Kraftlosigkeit und Mangel an Opferwilligkeit?

Diese Fragen werden wir am besten beantworten, wenn wir den Unterschied unserer Methoden an einem bestimmten Beispiel zeigen.

Die „Arbeiterpolitik“ ist wahrscheinlich ebenso wie wir davon überzeugt, daß zwischen den verschiedenen Völkern eine Wirtschaftssolidarität besteht, derart, daß jedes Volk am wirtschaftlichen Gedeihen des andern interessiert ist. Wenn es dem einen Volke schlecht geht, so ist das — entgegen dem bestehenden Vorurteil — kein Vorteil für das andere, sondern dessen eigener Wohlstand muß darunter leiden.

Wenn es sich nun darum handelt, diesen richtigen und sozialistischen Gedanken den Hörern und Lesern beizubringen, wie würde dann die „Arbeiterpolitik“ verfahren? Sie würde die Behauptung aussprechen und immer aufs neue wiederholen. In jeder neuen Nummer würde man dann lesen: Die Völker sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen; wenn eines leidet, muß auch das andere leiden usw., oft in wechselnden, manchmal auch in denselben Worten. Diese Methode hat den Zweck, den Lesern den Gedanken förmlich in den Kopf hereinzuwämmern, sodas er ihnen schließlich zu einer Selbstverständlichkeit wird, neben der die Idee, daß es anders sein könnte, gar nicht mehr aufkommt.

Wir dagegen möchten anders verfahren. Wir möchten den Hörern und Lesern an der Hand der Tatsachen die internationale Wirtschaftssolidarität zeigen, sodas sie selbst sehen. Uns liegt nichts daran, daß sie die Sache glauben, weil wir sie ihnen sagen, sondern sie sollen selbst sehen und selbst urteilen. Denn nur aus ihrem eigenen Urteil kann die Kraft zum Sozialismus erwachsen. Nicht wir haben ihnen vorzuschreiben, was zu tun sei, sondern sie selbst müssen das entscheiden. Wir glauben nämlich gar nicht, daß Initiative nur von Führern ausgehen kann; wir glauben nicht, daß nur solche Leute wissen, was zu tun sei, welche die ganze Wissenschaft in sich aufgenommen haben und überdies noch „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme beherrschen“. Wir glauben, statt dessen genügt schon die Fähigkeit, selbst zu urteilen. Wir glauben z. B., am 4. August 1914 hätte jeder Sozialdemokrat ganz gut wissen können, was er als Sozialdemokrat zu tun hatte, wenn er nur die Fähigkeit und die Gewohnheit besessen hätte, selbst zu urteilen, und wenn er die unselbstige Gemohnheit, sich im Denken unterzuordnen, abgelegt hätte. Dies hätte ihn sicher geleitet, auch ohne Kenntnis der Grundgesetze der Politik, Nationalökonomie, Philosophie und sonstiger Wissenschaften.

Und einen Vorzug hat unsere Methode sicherlich: sie ist unverfänglich. Sie kann deshalb die freieste Kritik vertragen. Wenn nach der Methode der „Arbeiterpolitik“ eine Behauptung aufgestellt wird, welche die Anhänger doch eben schließlich auf die Autorität des Führers hin glauben sollen, und es kommt dann jemand, der sie kritisiert, so läßt es sich kaum vermeiden, daß der Führer sich persönlich gekränkt fühlt. Läuft es ja doch darauf hinaus, daß seine Glaubwürdigkeit angezweifelt wird: was er behauptet hat, soll nicht wahr sein! Bei unserer Methode dagegen hat der Kritiker nur mit den Tatsachen zu tun. Er muß zeigen, entweder daß sie falsch sind oder daß falsche Schlüsse aus ihnen gezogen sind.